

Protokoll der 12. StuPa-Sitzung

30.05.2017



Redebeiträge sind gekürzt und nicht wörtlich wiedergegeben.

Anwesenheit:

StuPa-Mitglieder		AStA-Mitglieder	
BEAT	Didem Demir Leo Peters Luise Milsch Janina Maier <i>Nicht anwesend</i>	Ana Gilbert Sven Götzmann Tilman Kolbe Laura Kopp	
Juso-HSG	Lena Cociani Torsten Berger Kilian Binder <i>Nicht anwesend</i>	Veronika Krotki Jessica Obst Laura Ranglack Katharina Schmidt Lukas Zechner <i>Nicht anwesend</i>	
Grüner Campus	Sonja Bauer Corinna Jonas Leo Vermeulen Christin Diecke <i>Nicht anwesend</i>		
Die LINKE.SDS	Friederike Martin Nora Fritzsche Alexander Hill Jan Sohre		
JumpUP	Trystan Stahl Raoul Schramm <i>Entschuldigt</i> <i>Nicht anwesend</i>	Gäste Lydia Sabelus (FSR Primar) Johannes Linke (StWA)	
RCDS	Ohle Zyber Laura Löpelt <i>Entschuldigt</i>	Erik Jaek (Ultrash) Matthias Wernicke (BEAT) Ricardo Hoffmann (RCDS)	
UP.rising	Johannes Wolf Kirstin Heidler Sven Köhler Jan Mattfeld Wenzel Pünter		
f.U.c.K. U.P.	Florian Rumprecht		
Gemeinsam für Griebnitzsee	Sebastian Schulte Anna Melnik <i>Entschuldigt</i>		

Redeleitung: Friederike Martin

Redeliste: Sonja Bauer

Protokoll: Sven Köhler

Sitzungsraum: 1.09.1.02 (Neues Palais)

Sitzungsbeginn: 19:10

TOP 1: Begrüßung

Das Präsidium stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung und Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung

Didem Demir schlägt neuen Punkt „AStA-Struktur“ vor. Johannes Wolf bittet ihn nach den Gästen einzufügen.

Keine Gegenrede

Keine Gegenrede zur geänderten Tagesordnung

Keine Anmerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung

Keine Gegenrede das Protokoll zu bestätigen

TOP 3: Berichte

TOP 3.1: Berichte des Präsidiums

Das Präsidium schlägt vor die nächste Sitzung in zwei Wochen abzuhalten, damit befasste Beschlüsse betreffs der Wahl zwei Wochen Umsetzungszeit haben. Stimmungsbild fällt positiv aus. Der ursprünglich für heute geplante Abschlussbericht des Rechnungsprüfungsausschuss wurde auf eine gemeinsame Sitzung von VeFa und StuPa verschoben, da auch die Fachschaften Teil der Prüfung sind.

Da der AStA nicht anwesend ist, werden die Berichte des AStAs verschoben.

TOP 3.3: Berichte der VeFa

Keine

TOP 3.4: Weitere Berichte: Studentischer Wahlausschuss

Johannes Linke: Heute ist Fristschluss für Listenbewerbungen. Noch läuft eine Nachfrist mit Korrekturen hier und da. Am Freitag werden die finalen Wahllisten veröffentlicht. Die Reihenfolge wird ausgelost. Habt ihr noch Fragen?

Sonja Bauer: Letztes Mal hatten wir diskutiert wie der StWA mit Rückritten bis zur konstituierenden Sitzung umgeht. Habt ihr nochmal darüber gesprochen?

Johannes Linke: Nein, werden wir auf der Sitzung am Freitag machen. Wir haben eine E-Mail mit der Frage an die Rechtsaufsicht geschickt. Da warten wir noch auf eine Antwort.

TOP 4: Gäste

Keine weiteren Gäste mit Redebeiträgen oder Anliegen anwesend

TOP 5: AStA-Struktur

Leo Peters: Ich war leider nicht auf der letzten Sitzung. Das da besprochene Papier kam von mir. Ich wollte heute sagen, warum die vorgeschlagene Struktur sinnvoll ist. Ich hab mitbekommen, dass auf der letzten Sitzung das Thema nicht als notwendig gesehen war. Und dass ihr meint, dass Menschen fehlen die jetzige Struktur vollzubekommen. Sinn und Zweck des Vorschlags war es nicht den AStA zu vergrößern.

Er entstand aus der Analyse, dass es engagierte Menschen gibt, die keine Lust und Zeit haben Strukturaufgaben zu übernehmen. Heißt die könnten wir nun integrieren, sonst nicht auf normale Referate, also Strukturarbeit, zu gewinnen waren. Sind wir uns einig, dass es mehr Projektarbeit geben sollte, als es bisher möglich ist?

Kirstin Heidler: Ich hoffe ich habe es richtig verstanden. Mehr Projektarbeit finde ich gut und habe nichts dagegen einzuwenden. Aber extra Projektreferate finde ich nicht gut, denn momentan werden schon Projektreferate ausgeschrieben. Vielleicht brauchen wir ja Strukturreferate.

Sonja Bauer: Ja, wir brauchen mehr Leute, die Strukturarbeit und Kernarbeit übernehmen wollen. Wir brauchen beides. Wie gerade die Struktur in Satzung und AStA-GO festgeschrieben ist, sind Leute in den Themenreferaten verpflichtet sind auch andere Arbeit zu machen. Unser Vorschlag ist es dies zu entkoppeln. Mehr Leute sollen in den AStA zu kommen, die dann die Arbeit teilen können.

Leo Peters: Aufgaben im AStAs sind ja nicht nur E-Mails beantworten. Auch die wöchentliche Sitzung kann 5–6 Stunden dauern. Unser Vorschlag ist es die Projekt, oder Koreferate nicht mit Anwesenheitspflicht oder Stimmrecht auszustatten. Die müssen auch nicht in Gremien gehen. Dieser Berg fiele dann weg. Wir sind überzeugt mit Arbeit, sie sich nur nach den Interessen der Leute richtet, wir auch an andere rankommen.

Didem Demir: Aus meiner Erfahrung im AStA gibt es unheimlich viele Menschen, die Projektideen hatten oder mehr Arbeit in Veranstaltungen stecken wollten und dann an den bürokratischen Sachen gescheitert sind. Wie Leo meinte, sollten die weiter angesprochen werden. Die

unerlässliche Strukturarbeit muss geleistet werden. Nichtsdestotrotz soll der Fokus auf reiner Projektarbeit liegen, weil der AStA ein politisches Gremium ist. Es wäre cool, wenn es nicht nur einen Dienstleistungs-AStA, sondern auch einen politischen AStA gibt.

Kirstin Heidler: Ich kann zustimmen was die Entbindung von Referenten von Strukturaufgaben wie Bürozeiten und Gremienbesuch angeht. Sie aber von Sitzungen zu entlasten ist nicht gut. Ich habe in allen möglichen Projekten gelernt, dass Kommunikation das A und O ist. Wenn die nicht mehr im Boot auf Sitzungen sitzen fällt alles auseinander. Sie können ja von der Antragsbehandlung befreit werden. Aber wenn sie nicht auf Sitzungen sind, halte ich das zum scheitern verurteilt.

Didem Demir: Wenn es auf einer Sitzung beispielsweise um das Sommerfest geht, werden auch die organisierenden Referentinnen erscheinen. Mit vorher feststehenden Themenlisten für die Sitzung, wird der AStA nach Arbeitsweise das entscheiden. Worum es uns geht, sind die Projektmenschen, die grundsätzlich nicht an Sitzungen teilnehmen müssen.

Sonja Bauer: Hab mich drauf gesetzt und dann nochmal Kirstin.

Zwischenruf Kirstin Heidler: Nur Frauen heute! Applaus Leo Vermeulen.

Sonja Bauer: Die von dir angesprochenen Fragen, welche Arbeit von allen geleistet werden muss, find ich gut hier zu besprechen. Darum haben wir verschiedene Vorschläge gemacht uns sind uns selbst noch nicht klar was der richtige Weg ist. Ob Stimmrechte ja/nein/teilen sie sich das mit Vertretungsberechtigten, oder wird das im Vorfeld festgelegt. Diese Sachen sind mir gerade auch unklar und eine Debatte fände ich schön.

Kirstin Heidler: Ich finde es schade, wenn Leute nicht mehr zu Sitzungen kommen und kommunizieren. Kommunikation soll Anknüpfungspunkte finden. Ich weiß nicht wie lange Anträge auf den 4–5 Stundensitzungen dauern. Aber wenn der wegfällt, sollte die Projektarbeit mit dem Rest vereinbar sein.

19:34 Der AStA betritt die Sitzung

Leo Peters: Ich bin mir auch über die Einzelpunkte noch nicht klar. Wir brauchen das weil ich bei mir selbst vorstellen könnte, und auch bei einigen anderen, dass Leute von der Entscheidung für eine AStA-Bewerbung durch Strukturarbeit abgeschreckt würden. Strukturarbeit kann auch gern mehr werden und wachsen. Also gehen uns Leute verloren, wenn wir keinen freien Raum schaffen, der sicher vor Bürokratiearbeit ist.

Kirstin Heidler: Wir können eine Menge machen im Rahmen der jetzigen Struktur. Das Problem ist, dass es an Leuten mangelt, die Strukturarbeit machen wollen. Wir sollten den Fokus darauf setzen die zu bekommen, dann können andere für Projekte entlastet werden. Wenn wir aber niemanden für die notwendige Arbeit haben, bleibt sie liegen.

Sebastian Schulte: Ich stimme dir zu Kirstin. Vielleicht können wir ja für Leute, die Strukturarbeit machen 1–2 Projektmitarbeiter beizustellen. So könnten sich Teams bilden und Leute für spezielle Ideen zusammenfinden.

Sonja Bauer: Ja, wir brauchen mehr Leute für Struktur. Es funktioniert jetzt nicht, weil der Anspruch in den letzten Jahren an alle Referentinnen und Referenten war, den gleichen Anteil Strukturarbeit mitzutragen. Solang das so bleibt, wird das Problem bestehen. Dein Vorschlag, Sebastian, wäre die Idee der Koreferate, bei denen eine Person stimmberechtigt ist und 1–2 Leute rings herum. Wichtig wäre für mich, dass die gewählt sind und eine Aufwandsentschädigung bekommen, weil sonst Leute die Arbeit auch nicht leisten können.

Sebastian Schulte: Ja, wenn sie Aufwand haben, kann man über eine Entschädigung sprechen. Wenn wir Leute von Sitzungen entlasten, würden wir den Aufwand sowieso minimieren. Und wie ich Leo verstehe geht es ja um Menschen, die sowieso schon motiviert sind und sich engagieren wollen. Können also über Minimalbeträge zuerst sprechen.

Lydia Sabelus: Meine Frage ist ob es beim AStA nicht auch wie im FSR die Möglichkeit gibt, dass Leute freiwillig und gewillt mitarbeiten. Kann mir vorstellen, dass sonst die Verbindlichkeit abschreckt. Wenn es möglich ist freiwillig an einem Projekt für einen Zeitraum mitzumachen, verstehe ich die Diskussion nicht.

Lukas Zechner: Aus meiner Erfahrung im AStA kann nicht festhalten, dass Leute, die nicht an den Sitzungen teilnehmen wollen, nicht engagiert außerhalb der Sitzungen sind. Es geht um zwei Arten Arbeit: Ergebnisorientiert auf den Sitzungen und für das tägliche Arbeitsgeschäft, und dann gibt es Leute, die Visionen haben und keineswegs weniger leisten und weniger entschädigt werden sollten. Fände ich schwierig so festzuhalten.

Applaus BEAT, Grüner Campus, AStA

Leo Vermeulen: Freiwillige, angestellte Mitarbeit ist möglich, aber das Ziel ist es Leute langfristig zu binden. Das kann in Form einer Aufwandsentschädigung oder durch ein Amt sein, weshalb es sich Leute erlauben können länger zu studieren. Viele Menschen fühlen sich jetzt vom Arbeitsumfang abgeschreckt. Nur wenn wir die Arbeit kleiner machen, trauen sich mehr das zu.

Tilman Kolbe: Es gibt ja nun schon die Möglichkeit sich außerhalb der Struktur zu engagieren. Wir hatten eine Mail von einer Anglistik-Studierenden, die die Beratung gut fand und mitmachen wollte. Sie konnten wir nun in unserer AStA-Broschüre einbinden. Nur damit ihr wisst, wie das auch läuft.

Ana Gilbert: Es gibt Leute, die beides machen. Aber je weiter wir Struktur und Projekte teilen, desto weiter könnte der AStA auseinanderfallen. Ich verstehe, es kommen immer weniger Leute. Auch wir sind als kleines Team nach zwei Rücktritten überlastet. Ich würde nur davor warnen Bürokratinnen und Visionärinnen zu trennen. Das zeichnet sich bei uns auch schon ab und ich halte das für politisch gefährlich.

Sebastian Schulte: Guter Einwand, der würde Kirstin bestätigen. Zu den beiden Leos: Ihr sucht Projektunterstützung. Die ist nun schon möglich. Mir geht es darum, welches Modell euch lieber wäre. Für große Projektarbeit mit Aufwandsentschädigung könnten wir auch pauschal durchs StuPa das beschließen lassen. Wird ja wohl nicht zu häufig vorkommen.

Kirstin Heidler: Interessante Perspektive, dass der AStA zerfallen würde. Ich wollte zu Sonjas Beitrag sagen: Das bisher die Strukturarbeit immer gleichmäßig verteilt war. Abgesehen davon, dass es so festgeschrieben ist, liegt es daran, dass die AStAs immer zu klein sind. Wir können durch eine Teilung das nicht verbessern. Wenn wir niemanden für Strukturarbeit kriegen, wird nichts auf mehr Menschen verteilt. Es also eher eine Marketingaufgabe den Leuten zu vermitteln was cool am Engagement im AStA ist.

Lukas Zechner: Die Idee, dass einige eine Aufwandsentschädigung bekommen sollen und andere nicht wird den AStA teilen. Unentgeltlich kann nun schon mitgearbeitet werden. Aber es soll ein Anreiz geschaffen werden, Leute die nicht nur Strukturarbeit machen wollen auch noch zum AStA bewegen und entlohnt werden für die kreative Arbeit, die sie machen. Anas Argument wurde hier umgedreht, das nicht dafür zu verstehen war, dass eure Seite hier ...

Zwischenruf Kirstin Heidler: Ich sagt nicht, dass es „unserer Seite“ ist.

Lukas Zechner: Wir brauchen mehr Leute. Und wenn man einfach darauf hofft, dass Leute ohne Geld was im AStA machen ist nicht zielführend. Der beste Weg ist es alle einzubinden, sie machen zu lassen was sie wollen und als vollwertige Mitglieder anzusehen.

Sonja Bauer: Zum Last auf mehr Menschen aufteilen: Auch wenn wir nicht mehr Menschen für Strukturarbeit finden, aber dann mehr für Projekte ist es ein Gewinn, weil es weniger frustrierend für Menschen jetzt im AStA, die vor dem Dilemma stehen. Wenn wir Projektmitarbeit hätten, wäre das keine Erleichterung für die Strukturarbeit, würde aber zum besseren Gefühl helfen wenn man sieht, dass etwas passiert. Projektekreise gibt es nun bereits für den F_AntiFa-Kongress oder Purple-Over-Night, angestoßen von Leuten ohne Aufwandsentschädigung oder Wahl. Aber Leute ohne Entschädigung haben nur die Zeit für ein kleines Projekt. Wenn wir sie längerfristig binden

wollen, Wissenstransfer erhoffen, oder um sie in die hochschulpolitischen Strukturen hineinzuwachsen zu lassen, ist es wichtig sie zu entschädigen. Lief auch bei mir so.

Kirstin Heidler: **GO-Antrag die Diskussion zu beenden.**

Leo Vermeulen: **Gegenrede**, lasst und nochmal die wichtigsten Punkte notieren um nächstes Mal nicht wieder von vorn anzufangen.

Abstimmung über GO-Antrag

4 Dafür, 9 Dagegen, 5 Enthaltungen

Kirstin Heidler: **GO-Antrag auf Schließung der Redeliste.**

Keine Gegenrede

Leo Peters: Wollte Missverständnis aufräumen: Projektarbeit heißt nicht ein einzelnes Projekt, für das ein Referat eingerichtet werden soll. Es geht um Abgrenzung zur Strukturarbeit, etwa Infoveranstaltungen organisieren, Kampagnen machen, AntiRa- und Ökosachen. Das Mitarbeiterinnenmodell gibt es meines Wissen nach an der Uni Hamburg, wo bezahlte Mitarbeiterinnen sich um Referatssachen kümmern. Ich finde das Modell nicht so gut, weil das politische verloren geht. Aufwandsentschädigung ist zudem wichtig, denn ohne kann jetzt jeder schon mit Projektantrag zum StuPa und AStA gehen. Aber es geht darum Zeit im Alltag freizuschaukeln, die wir nicht mit Lohnarbeit verbringen müssen. Ich glaube, dass wir ohne die Erwartungssicherheit, dass sich Menschen nicht mit Strukturarbeit auseinander setzen müssen wir an eine große Gruppe nicht herankommen.

Ana Gilbert: Wir können Frage auch andersherum stellen: Wie kann Strukturarbeit attraktiver werden? Das passiert etwa bei politischer Verantwortung wo Gelder eingesetzt und nichteingesetzt werden. Das war dieses Jahr schwierig daran mit einem Anspruch an soziale Gerechtigkeit heranzugehen, weil die Forderung nach Transparenz zum Selbstzweck, so sehr wir versucht haben ihr zu begegnen, zum Korsett geworden ist. Darum würde ich im nächsten Jahr dies im Kopf zu behalten und zu diskutieren, was kann das Selbstverständnis vom AStA sein, der kritisch-solidarisch mit verschiedenen Gruppen ist, und inwieweit Transparenz gefordert ist, weil der AStA eine Teilkörperschaft öffentlichen Rechts ist. In dem Spannungsfeld bewegen wir uns und kippen momentan etwas Richtung Bürokratisierung. Das macht den AStA für Menschen, die Strukturarbeit nicht gern machen, weil sie etwa mit Umverteilung zu tun haben kann, weniger attraktiv und darum fällt so ein Gremium auseinander. Das macht die emanzipatorischen Potentiale, die in Strukturarbeit stecken zunichte. Nochmal zum Projektbegriff: Es gibt kurzlaufende, aber auch welche, die langfristig Strukturen verändern wollen. Dazu zahlen Purple-Over-Night und die Beschwerdestelle für Diskriminierungsfälle. Auch das Menschen motivieren in den AStA zu kommen, die zuerst projektorientiert darauf vertrauen mit gewisser Kontinuität die Struktur beeinflussen. Wir haben als Studierendenschaft das Potential Dinge zu beeinflussen. Mir ist bei der Strukturarbeitsdebatte der Fokus auf den Ist-Zustand zu stark.

Lydia Sabelus: Ich bin noch nicht so politisch aktiv, aber ich sehe dass das Problem der Teilnahme im FSR anfängt, sich über die VeFa weiter durch alle Bereiche zieht. Wir sollten uns die Frage stellen wie finden wir neue Mitglieder. Es geht nicht darum die Interessierten zu motivieren, sondern neue zu interessieren und zu politisieren. Mein Studiengang ist größtenteils uninteressiert und der FSR wird erst dann wichtig, wenn sich mit Dozenten gestritten werden soll. Es geht also weniger um Umstrukturierung, sondern darum zu zeigen was man kann. Der AStA hat ja auch nicht bei allen einen guten Ruf. Der Begriff Marketing fiel. Damit müssen wir uns auch herumschlagen, dass FSRs halt die Streber sind, die nach der Uni noch etwas mehr machen. Es geht darum zu zeigen, warum die Zusatzarbeit für jeden etwas Gutes sein kann und nicht das Nachdenken über Struktur.

Kirstin Heidler: Ich kann mir vorstellen, dass projektorientierte Menschen, sobald sie im AStA sind, auch Interesse an anderen Aufgaben entwickeln können. Eine starre Struktur schränkt die

Möglichkeiten ein. Ich verstehe das Problem, auch von Lydia angesprochen, total. Die Lücke muss geschlossen werden.

TOP 6: Anträge

GO-Antrag den Ultrash-Antrag vorzuziehen, da der Antragssteller momentan zu Gast ist. Danach AStA-Berichte nachholen.

TOP 6.2: Finanzierung „Utrash Festival 2017“

Erik Jaek: Wir hatten schon letztes Jahr eure Unterstützung erhalten, und würden es dieses Jahr gern wieder tun. Wir sind von der Kostenkalkulation gleich geblieben, wollen also wieder 2500 € haben. Wir fahren momentan non-profit und wollen das weiterführen. Wie wir wissen, stellen wir uns immer einen thematischen Schwerpunkt. Dieses Jahr wollten wir zuerst „Jugend Rettet“ unterstützen, dieses Jahr ist es „Geschlecht und Sport“. Wir machen immer Auftaktsveranstaltungen, dieses Jahr im April war es „Sexismus und Homophobie“. Über den Kontakt zu den Roller-Derbys haben wir uns nun diesem Thema zugewandt, besonders weil es im Umfeld von kurzhaarigen Fußballfans in dieser Stadt immer die Möglichkeit gibt da heran zukommen und sie zu sensibilisieren. Viele Leute in unserem Umfeld zwischen den 20 und 35 Jährigen sind von bestimmten Themengebieten schon angekotzt. Kommt man mit einem Thema fällt da eine Klappe. Wir hoffen das mit dem Festival zu lösen. Mit dem niedrigen 6–7 € Tageseintritt kriegen wir mehr Publikum ran. Dann hat man auch den Abend und Workshops, wobei Workshops auch kostenlos sind. Für Leute, die am Thema interessiert sind erheben wir seit Jahren keinen Eintritt und um das zu finanzieren bräuchten wir Geld. Und das von euch.

Sonja Bauer: Flammende Fürrede meinerseits und danke für eure jahrelange, coole Kulturarbeit!

Breiter Applaus

Abstimmung über den Antrag

13 Dafür, 0 Dagegen, 6 Enthaltungen

Angenommen

TOP 3: Berichte (Fortsetzung)

TOP 3.2: Berichte des AStA

Tilman Kolbe: Eine Ankündigung von Laura: Am 08.07. wird es ein Sommerfest geben. Diesmal ausgerichtet vom Nil und Leuten, die sich beteiligen, weil wir kein eigenes Fest strukturell aufbringen wollen. Dann Studi-Initiativen da einen Stand haben wollen: Eine Mail an kultur@astaup.de schreiben.

Zur VBB-Verhandlung wo zuerst die 45 € Erhöhung im Raum standen. Das wären 27 %. Wir hatten mittlerweile zwei Zwischenverhandlungsrunden mit der ViP und dem VBB, die waren ganz produktiv. Die ViP hat signalisiert das Semesterticket auf jeden Fall haben zu wollen. Da könnte man eine gemeinsame Position mit allen brandenburgischen Studierenden teilen. Wir sind mit der Forderung von 2 % pro Jahr über 3 Jahre hineingegangen, und sind momentan bei unserer Schmerzengrenze von 2 % pro Semester über 6 Semester. Die Schmerzgrenze der ViP liegt pro Jahr bei 4,5 %, also relativ nah bei einander. Inwiefern das mit den anderen brandenburgischen Verkehrsbetrieben geht, wird sich noch zeigen. Da haben wir harte viele Argumente ausgetauscht. Der VBB möchte auch nicht, dass das Ticket wegfällt und innerhalb der brandenburgischen Studierendenvertretung sind wir dabei uns zu vernetzen. Die werden alle in einer gemeinsamen nächsten Runde mit dem VBB verhandeln, und werden versuchen uns nicht auseinander bringen zu lassen. Wir fordern auch eine Ausbreitung der Fahrradmitnahme. Bisher war das nur Potsdam und Berlin ABC, wir wollen nun das auch auf Teile Brandenburgs ausweiten. Die Antwort ist immer

„Kapazitäten, Kapazitäten“. Aber Berlin ist sowieso schon immer voll, uns geht es ja um andere Strecken.

20:03 Uhr: Christin Diecke betritt die Sitzung

20:04 Uhr: Florian Rumprecht betritt die Sitzung

Ana Gilbert: Die Verhandlungen haben sich als extrem arbeitsintensiv herausgestellt. Soviel nochmal zur Sache mit der Strukturarbeit.

Tilman Kolbe: Wäre noch eine gute Information welche Strecken in Brandenburg euch für Fahrradmitnahme wichtig sind.

Kristin Heidler: Meine Wertschätzung, dass ihr die Verhandlungen führt. Ich bin voll von eurer Leistung überzeugt. Wann wollen sie, dass die Änderungen in Kraft treten und wird nun eine Urabstimmung möglich, oder wäre die mittendrin nötig.

Torsten Berger: Auch von uns ein herzliches Dankeschön. Die Einschränkung des Nutzungsgebietes ist komplett vom Tisch? Falls das jemals wieder aufkommen sollte hat der Landesvorstand der Jusos angeboten mit entsprechenden Landtagsabgeordneten Gespräche führen zu können.

Tilman Kolbe: Zum Sommersemester 2018 soll die Erhöhung kommen. Zu den Fristen habe ich mit Sven Köhler und Johannes Linke relativ viel ausgetauscht. Die Beitragsordnung müsste angepasst werden. Das heißt bis Ende November muss das Dezernat für Studienangelegenheiten das veröffentlichen. Innerhalb der Zeit bis zur StuPa-Wahl ist kein Verhandlungsende absehbar. Das Treffen mit allen brandenburgischen Hochschulvertretern ist am 19.06. Dann müsste die Urabstimmung Anfang Oktober sein. Das ist natürlich wünschenswert, wegen demokratisch und so weiter und so fort. Aber wir werden nachher sehen ob das StuPa, das nicht vorläufig übernehmen kann. Langfristig ist es eher unwahrscheinlich, dass die Studierenden sich dagegen entscheiden werden. Darum ist das ein wenig Schattenboxen.

Zum Nutzungsgebiet: Es gibt da einige, die würden das Semesterticket am liebsten abschaffen. Aber die Signale sind, dass ViP und VBB es behalten wollen. Danke für das Angebot, aber momentan wissen die anderen Seiten, dass das absolut nicht tragbar ist.

Ana Gilbert: In meinem Referat habe ich mich mit der Beschwerdestelle nach § 113 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz beschäftigt. Es gibt keine eindeutige Verpflichtung, weil die Uni eine öffentliche Einrichtung ist. Andere Unis haben das, nur die Universität Potsdam hinkt hinterher. Es gab Diskussion, ob eine Beschwerdestelle oder nur Konfliktschlichtung eingerichtet werden soll. Wir hatten mehrere Beschwerden von Studis bekommen und arbeiten betroffenenzentriert, heißt haben denen geglaubt. Andere Stellen haben das nun bestätigt und wir bereiten einen StuPa-Antrag vor. Die Gleichstellungsbeauftragte steht dahinter und findet auch, die Beschwerdestelle sollte neben Sachverhaltsprüfung auch für Studis aktiv werden und nicht nur für Angestellte.

20:14 Uhr: Jan Mattfeld geht

Kirstin Heidler: Wenn diese Stelle feststellt, dass Diskriminierung statt gefunden hat. Was kann man machen, dass gelernt wird?

Ana Gilbert: Es gibt verschiedene Eskalationsstufen, die dann greifen. Es geht nicht darum den Fokus auf Gewaltausübende zu verschieben. Das ist zwar ein Teil, kann aber der Diskussion schaden. Alternativ kann auch ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden, das Gremium soll hier die einzelnen Seiten miteinbeziehen. Sie sprechen momentan immer von Neutralität, was wir aber für unangebracht halten, weil eine Ungleichheit in der Situation besteht. Es geht also darum Mitarbeiter zu schulen was Diskriminierung ist, damit es gar nicht erst zu weiteren Beschwerden kommen muss. Ich finde es auch wichtig, dass die Stelle sich vorbehält Menschen zu entlassen. Das ist nicht erstrebenswert, kann aber als Grundlage helfen. Um Dialog und Lernraum zu

schaffen gibt es nun eine Aktionsgruppe, die sich auf der Bundeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten aus allen Ländern trifft. Auch wird es nächste Woche einen Workshop für Menschen geben, die Diskriminierung im Hörsaal erfahren haben, dessen Inhalte wir mitnehmen.

Sonja Bauer mahnt Ana dazu sich kurz zu fassen.

Ana Gilbert: Es geht nicht um einen Schutzraum, sondern Lernraum. Unbelehrbare Menschen sind an der Stelle nicht willkommen. Am Freitag gibt es eine passende Filmvorstellung einer ehemaligen UP-Studentin, zu der ihr zu Film, Diskussion und Getränken eingeladen seid.

Lukas Zechner: Letzte Woche war ich im Mensaausschuss. Das war sehr produktiv, es wurden Berichte von den Standorten ausgetauscht. In Griebnitzsee und Golm sind die Kapazitäten deutlich ausgelastet. Oft wurde schon Hilfe von der Uni Potsdam angefordert, aber da passierte bisher nichts. Soviel zu unserem Uni-Präsidenten. Auch Nachhaltigkeit stand auf der Tagesordnung, etwa wurden Verpackungen deutlich reduziert. Das haben wir schon wahrgenommen und gutgeheißen. Als wir das Pappbecherthema anstießen, hatten sie selbst bereits vorgeschlagen sie 20 Cent teurer zu machen und die Thermobecher zu vergünstigen. Ich habe angebracht, dass es in Griebnitzsee keinen Ketchupspender gibt. Den gibt es nun. Wie euch aufgefallen ist, sind AStA-Flyer-Ständer aus Brandschutzgründen verschwunden. Die sollen wiederkommen.

Ab Wintersemester soll es in Griebnitzsee auch ein eigenes veganes Essen geben. Bisher sah es so aus, dass es sonst immer das normale Essen (also die Beilagen), nur dann mit Tofu gibt. Das war bisher auch nicht das Wahre. Es soll auch beworben werden, sodass mehr Gäste kommen. Auch wird eine PUCK-Aufladestation eingerichtet, entweder zum Wintersemester, oder Sommersemester je nach Standort. Auch sollen reine Schnellkassen eingerichtet werden. Ich fand dabei interessant, dass nur 10 % der Essen mir Karte bezahlt werden.

Leo Peters: Von der Mensaleitung in Griebnitzsee habe ich gehört, dass nach Plan von jedem Essen gleich viel produziert wird und keiner nachmisst, wie viel verkauft wurde. Die Information würde im Rotationsplan nicht beachtet werden. Stimmt das?

Lukas Zechner: Sie werten schon aus und haben uns die Liste gezeigt. Sie meinten auch, die Nudeltheke sei sehr beliebt, worauf wir hinwiesen es läge nicht an der tollen veganen Tomatensauce, sondern dass am 12:00 Uhr das übrige vegane Essen weg ist. Sie haben vorgeschlagen die Anzahl der Portionen bei veganen Angeboten zu erhöhen. Das wäre uns lieber als diese fadenscheinige Tomatensauce aus Alternativmangel reinzuziehen.

Kirstin Heidler: Vielleicht können wir denen stecken, dass nur weil essen vegetarisch oder vegan ist, da nicht unbedingt Tofu rein muss.

Breites Gelächter und Applaus während der letzten zwei Beiträge.

Didem Demir: Ihr wart mit eurem Statement zur Unipräsidentenwahl bei Brandenburg aktuell. Gab es Rückmeldungen zum Jour fixe?

Lukas Zechner: Es gab noch keinen Jour fixe seitdem. Der Präsident meinte recht pragmatisch, wenn ihr was gegen mich sagt, sage ich etwas gegen euch. Wir fanden es cool, dass wir das Interview bekamen. Leider ging keine Liveschalt, bei der uns nicht 45 Sekunden weggeschnitten wurden.

Tilman Kolbe: Die Pressemitteilung wurde gut angenommen. Wir werden bei Treffen der Ministerin sagen, dass es nicht okay ist Leute nach ihrem Gefallen einzusetzen, sondern dass alle Statusgruppen vertreten sein müssen.

Didem Demir: Wie läuft die S-Bahnrückerstattung? Ist das Geld rausgegangen, was ist noch offen?

Ana Gilbert: Es neigt sich dem Ende zu. Demnächst wird das Geld rausgehen. Wir haben es jeden Tag auf der Tagesordnung. Leider haben sich einige unverhorgesehene Dinge ergeben, aber wir sind zuversichtlich.

TOP 6: Anträge (Fortsetzung)

TOP 6.1: Unterstützungserklärung „European Migrant Initiative Against Racism“

Kirstin Heidler: Wir hatten eine ähnliche Diskussion bereits auf der StuPa-Mailingliste, ihr könnt gern nachlesen. Ich hatte mich ausgesprochen, das nicht zu befürworten, weil der Konflikt bereits auf einer sehr hohen Eskalationsstufe steht. Mir ist an einer Lösung gelegen, doch wir sollten nicht neues Öl ins Feuer gießen.

Leo Peters: Mir scheint die gesamte Ding sehr undurchsichtig. Ich habe alle angehängten Artikel zur „Deutschen Erklärung“ gelesen und verstehe nicht warum auf Baberowski so stark eingegangen wird und nicht auf AfD-Mitglied Markus Egg an der HU oder Herfried Münkler, der auch komische Sachen sagt. Gleichzeitig scheint der AstA der HU da etwas vom Zaun treten zu wollen. Ich weiß allerdings nicht, ob sie uns eine Ablehnung übel nehmen würden, darum würde ich vorschlagen uns zu enthalten.

Kirstin Heidler: Ich hab verstanden, dass deren Äquivalent zur VeFa diese Stellungnahme verfasst hat. Den FSi Geschichte, der für Baberowski zuständig ist, habe ich angeschrieben und die sprachen sich auch eher für eine Änderung der Diskussionskultur aus. Sie sagen nicht er soll weg oder bleiben, sondern wir müssen anders darüber reden.

Matthias Wernicke: Was ich kenne, ist dass andere Gremien von außerhalb für eine Soli-Erklärung eingebunden werden sollen. Genau so etwas habe ich nicht im Antrag gefunden und frage mich was zu beschließen ist. Auch wenn ich die Pflicht sehe gewisse politische Positionen zu beziehen, sehe ich das hier nicht klar ausformuliert. Wenn die Kontakte schon da sind, hakt nach und findet heraus, welche Stellungnahme wir unterstützen sollen.

Kirstin Heidler: Ich stehe, dass es an der Uni immer verschiedene Standpunkte gibt. Rechts, links, oben, unten. Bei Rechtsverletzungen kann man was dagegen sagen, was ich bei Baberowski nicht eindeutig sehe. Für einige Punkte vielleicht, aber es zeichnet sich kein klares Bild. Darum gilt wie immer zuerst die Unschuldsvermutung. Vielleicht redet er auch komisch und hat keine Ahnung.

Sonja Bauer: **GO-Antrag auf Schließung der Redeliste.**

Keine Gegenrede

Ana Gilbert: Ich habe die Diskussion auf dem StuPa-Verteiler zum Anlass genommen eine Erklärung abzugeben. Die ist wegen Strukturarbeit vom Schirm gefallen. Ich finde es gut mit weiteren Listen nochmal darüber zu diskutieren und auch die Diskurse und deren Grenzen an der Uni Potsdam zu thematisieren. Bin mit meinem Bericht noch nicht fertig, aber hoffe ihn an der nächsten Sitzung einzureichen.

Breiter Applaus

Leo Peters: Danke Ana. Ich finde Matthias Punkt gut, man sieht, dass was der Typ so schreib und vertritt schlimm ist. Aber aus dieser Erklärung konnte ich nichts herauslesen, das evident genug über dem Maß wäre.

Abstimmung über den Antrag

0 Dafür, 1 Dagegen, 18 Enthaltungen

Das StuPa enthält sich

TOP 6.3: Urabstimmung nextbike

Sven Götzmann: Der AstA hat letzte Woche selbst den Entschluss gefasst. Ihr müsstet also nun nichts mehr machen außer die Vollversammlung einzuberufen.

Lukas Zechner (verliert die Frage): Momentan können alle Studierenden der Universität Potsdam sämtliche Leihfahrräder des Anbieters Nextbike in Potsdam und Werder kostenlos für 3 Stunden täglich nutzen. Bis Ende des Jahres entstehen in Berlin 700 Leihstationen mit mehr als 3500 Fahrrädern.

Ich stimme zu, dass der Studierendenschaftsbeitrag um 50 Cent erhöht wird, um den jetzigen Vertrag mit der Nextbike GmbH um die kostenlose Nutzung sämtlicher Nextbike-Fahrräder in Berlin für 30 min pro Ausleihe und einer unbegrenzten Anzahl an täglichen Ausleihen zu erweitern.

Matthias Wernicke: Nun wird es spannend ob es noch alternative Fragen gibt. Was wollt ihr als Ergebnis? Wollt ihr, dass die Studis da zustimmen oder wollt ihr eine Verhandlungsposition gegenüber nextbike haben?

Lukas Zechner: Auf jeden Fall ein „Ja“. Wir hätten gern Berlin dazu, auch um mit nextbike weiterhin ein kooperatives Verhältnis zu haben. Wir brauchen mehr Geld. Momentan haben wir einen Vertrag für Potsdam, der sich nicht so sehr erhöht hat.

Johannes Wolf: Da steht momentan nichts über Potsdam drin, aber ich vermute dass es bei den drei Stunden bleibt?

Lukas Zechner: Wir haben die Wortwahl „erweitern“ genommen, um klar zu machen, dass das bisherige Angebot bestehen bleibt.

Matthias Wernicke: Ich finde es spannend, nicht dass ich nextbike nicht nutze. Ich finde es eine spannende Priorisierung bei einer Urabstimmung, bei der es um Geld geht. Wenn ich die Situation richtig einschätze, hätten wir normalerweise eine Abstimmung zum Semesterticket. Wir hatten eine Erhöhung zum Sportbeitrag abgestimmt, die steht noch an. Wir haben ein Haushaltsdefizit im laufenden Betrieb von knapp 100.000 €, da steht also eine Erhöhung an, wenn alle Rücklagen aufgebraucht sind. Da kann man mindestens 2,50 € ausrechnen. Ich sehe gerade viele offene Fragen im Finanzbereich und frage mich ob nextbike die höchste Priorität unter den Beiträgen ist.

Lukas Zechner: Ja, es gibt wichtigere Sachen als nextbike. Aber mit dem VBB sind wir noch nicht so weit, dass wir abstimmen können. Es fällt momentan kein Thema heraus, sondern wir können gerade darüber entscheiden, weil das Angebot steht in Berlin zu fahren.

Matthias Wernicke: Ich sehe das Risiko, dass irgendwann nach einer Reihe von Beitragserhöhungen (Sportförderung, Semesterticket, Nextbike) irgendwann die Grenze erreicht ist, bei dem man für andere Sachen im Haushalt keine Zustimmung mehr hat. Je mehr man jetzt vorschiebt, desto riskanter in Zukunft. Die Erhöhung wird für die Studis einfach undurchsichtig.

Tilman Kolbe: Das Semesterticket ist unabhängig von Haushalt der Studierendenschaft zu betrachten. Auch in der Beitragsordnung ist das getrennt.

Lukas Zechner: Ich finde die Studis können das differenzieren und werden nicht wegen nextbike danach rufen keine Sportförderung oder Semesterticket haben zu wollen.

Leo Peters: Ich finde es wichtig die einzelnen Punkte vorzustellen und nicht in einem Berg. Es ist schwer zu kommunizieren, weil viele Studis nicht wissen wohin das Geld fließt. Beim Semesterticket und nextbike können wir aber ganz klar sagen wem es zu Gute kommt: den Studis. Da können wir auf den Egoismus vertrauen.

Leo Vermeulen: Wir können über Pressemitteilungen klar sicherstellen, dass die Beitragserhöhung ein Thema bei der nächsten Wahl ist.

Ana Gilbert: Voraussetzung dafür ist, dass wir dieses Jahr versucht haben besser die Beratungsangebote zu kommunizieren. Wir möchten die gern erhalten. Und wenn die Studis die mögen, müssen wir halt die Beiträge erhöhen. Alles wird teurer. So wie die Haushaltssituation ist, sind uns die Hände gebunden und wir konnten das nicht erreichen.

Lukas Zechner: Zur Urabstimmung wird es Flyer geben, die Aufklären was nextbike bringt und was in Berlin geschaffen wird. Didem hatte angeregt, dass nextbike mehr Werbung beisteuert. Darüber haben wir mit Dennis Steinsiek gesprochen. An jeder S-Bahnstation wird es nun Werbung geben.

Sonja Bauer: Schreibt ihr noch dem StWA? Dann haben wir nun nichts mehr dazu zu tun.

GO-Antrag auf Fraktionspause

Fraktionspause bis 21:05 Uhr.

TOP 6.4: Satzungsänderung

Johannes Wolf stellt den Antrag und das Zusammenkommen in Absprache mit Jan Sohre (AStA-Mitarbeiter für FSR Finanzen) vor.

Johannes Wolf: Kommen wir zum Punkt, dass die Fakultätsräte den StWA bestimmen. Trystan meine auf der Mailingliste, es wäre ein großes Problem der akademischen Selbstverwaltung seitens der Studierendenschaft Aufgaben zuzuweisen. Ich sehe es als ein Zugeständnis von unserer Seite. Wenn sie es nicht machen, haben sie keine Pflicht verletzt. Eine weiter abgeschwächte „kann“-Formulierung zeigt eher das Recht als die Pflicht. Dass das StuPa kann weitere Mitglieder wählen. Da sollte man einen Satz nun hinten anhängen: „Wurden weniger als vier Mitglieder gewählt, so muss das StuPa so viele wählen, bis die entsprechende Anzahl erreicht ist“. Die Frist kam aus meiner Formulierung nicht so klar heraus, ist es nun StuPa oder das Präsidium. Wäre schöner, wenn das StuPa als Gremium das beschließt.

Letzter Punkt von Trystan war, dass er es nicht hier, sondern lieber in den GOs der anderen Gremien haben wolle. Fakultäten haben keine Geschäftsordnung. Ich weiß nicht was er meint, wir können nicht etwa alle Fakultätsräte zwingen das einzuführen. Zumal sind nur die Studentischen Mitglieder betroffen.

Anpassungen der Stimmrechte auf VeFa-Sitzungen: Für große Fachschaftsräte wie Jura und Lehramt werden zum Beispiel bis zu neun Leute hingeschickt. Der organisatorische Aufwand ist nicht zielführend. Darum sollte eine Änderung des Schlüssels hier eingeführt werden, bei der immernoch das Gewicht der Fachschaft einfließt, aber nicht so extrem.

Zur Anpassung der Fristen bei der Urabstimmung hatte Trystan es glaube ich nicht genau verstanden. Er meinte das ein „frühesten ab“ einzufügen mit einem Mindestabstand nicht notwendig sein. Die ist zwar in der Satzung gemeint, aber steht nicht drin. Theoretisch könnte also nach Bekanntmachung der Urabstimmung direkt die Vollversammlung statt finden und dann mit einem Tag Abstand die Abstimmung. Momentan ist der StWA nur angehalten die Frist miteinfließen zu lassen. Bei wörtlicher Interpretation der Satzung ist es eine Empfehlung und ich finde es zwingend erforderlich, dass es einen Mindestabstand gibt.

Trystan meinte auch, alle Termine nach vorn zu ziehen, weil die Urabstimmung immer etwas Aufwand ist. Das ist vermutlich kein großes Problem, wenn man das zeitlich entzerrt und es irgendjemand hilft die ganze Aktion besser vorzubereiten. Der vorhin anwesende Vertreter des StWA fand das aus deren Sicht auch okay.

Ich stimme nicht zu, dass, wie Trystan meinte, die Änderungen ja nicht zu dieser Wahl in Kraft träten und wir das nicht machen sollten. Sonst passiert das gleiche, was ab und zu passiert: Es bleibt liegen und wir machen gar nichts. Da Urabstimmungen jederzeit beantragt werden können, greift das auch. Ich hoffe, dass der StWA nach der Wahl eine umfangreiche Liste der nötigen Änderungen an Satzung und Wahlordnung einreichen wird. Dann kann man das wieder anpassen. So Rundumschlag zu allem hier drin, nun freu ich mich auf eure Diskussion.

Applaus

Kirstin Heidler: Bezüglich Anzahl FSR-Vertretern: Wäre es nicht auch eine gute Alternativen zu sagen, wir deckeln ab einer Anzahl von Mitgliedern? Selbst, wenn die in Zukunft mal mehr Mitglieder haben sollten, macht es keinen Sinn die Versammlung zu vergrößern.

Sven Köhler: Wir haben jetzt sechs Fakultäten. Ich habe gehört, dass demnächst eine siebente stehen soll. Darum können wir jetzt überlegen eine Formulierung einzubauen, die pro-forma sieben Mitglieder fordert, oder genau den Bezug zur „Anzahl der Fakultäten“ herstellt.

Matthias Wernicke: Danke Johannes und allen, die daran gearbeitet haben diesen Vorschlag vorzulegen. Der ist umfangreich und gut. Für diese Diskussionsgrundlage bin ich heute auch hier. Zum StWA: Ihr nehmt eine Präzisierung vor. Bisher bestimmen die Fakultätsräte pro Fakultät ein Mitglied, nun heißt es aus „ihrer Fakultät“. Ich weiß nicht wie die Praxis bisher war. Ich war aber auch schon Mitglied mehrerer Fakultäten, die können sich also ändern. Erhöhung der Mitglieder teile ich. Interessanterweise muss auch sagen, passiert selten, ich stimme bei fast allen Hinweisen von Trystan zu. Bis auf, wie Johannes, akademische versus studentische Selbstverwaltung. Wir können die Fakultätsräte nicht verpflichten, aber das Recht geben. Ich stimme auch zu, dass das

große Ziel sein sollte die Kommunikation zu verbessern. Momentan sind die Umstände noch nicht ganz klar, weswegen hier noch nachgebessert werden sollte.

Bei der Urabstimmung muss auch wieder an mehreren Punkten Trystan zustimmen. Vielleicht habt ihr euch missverstanden. Okay, die Formulierung ist momentan so kompliziert, auch wenn man die Änderungsantragsfristen berücksichtigt. Mit der Formulierung, dass die Vollversammlung frühestens 10 Tage vor der Abstimmung stattfinden kann, liegt die Vollversammlung im hinteren Fristbereich. Ich finde es vollkommen richtig die Formulierung zu verbessern, ich bin selbst ständig am neulesen und nachrechnen. Die Frühstfrist ändern aber inhaltlich nichts an der Stelle, sondern fügt nur weitere Wörter ein. Vielleicht sollten wir erst eine Angleichung an Unifristen ändern. Umlaufbeschlüsse würde ich ausklammern, vielleicht gibt es Diskussionsbedarf. Sven Götzmann hatte da schon aus der VeFa berichtet, dass die FSRs noch nicht ganz einig sind.

Johannes Wolf: Kirstin, ja „1 Person pro 500 Mitglieder, aber maximal 5“ wäre für mich auch eine Lösung. Sven, ja möglich. Man fordert eine Mindestzahl und lässt die Obergrenze weg. Da jeder Fakultätsrat nur ein Mitglied pro Fakultät bestimmt, löst sich das und das StuPa könnte für die Nachwahl selbst entscheiden, was es als notwendig betrachtet. Oder man schreibt rein „entsprechend der Anzahl der Fakultäten“ in den letzten Absatz.

Matthias, tatsächlich war die Idee das die studentischen Mitglieder in den Fakultätsräten in ihren Fakultäten zu suchen. Ich fände es Quatsch wenn sie in anderen Fakultäten suchen. Ich habe schon eine „kann“-Formulierung vorgeschlagen. Aber vielleicht bleibt „soll“ auch eine schwache Empfehlung. Dann aber beim StuPa gehört dann ein „muss“.

Nach der Bekanntmachung einer Urabstimmung hat man Zeit sieben Tage Änderungen einzureichen. Da steht aber nicht, dass sieben Tage geändert werden müssen.

Ich hätte erwartet, dass es für Umlaufbeschlüsse am wenigsten Diskussion geben muss. Es war eine Forderung der VeFa und ich habe mich Jan gesprochen welche Anforderungen da rein müssen. Wenn du konkrete Bedenken hast, kannst du sie gern äußern.

Sonja Bauer: Danke Johannes und allen Beiträgen hier. Ich habe das Gefühl, dass wir keine finale Fassung haben. Lasst und noch Diskussionsbeiträge sammeln. Also können wir ja einen Arbeitskreis von 2–3 Leuten bilden und auf der nächsten Sitzung das beschließen.

Leo Peters: Danke für die Anträge, coole Sache! Ich habe aus verschiedenen FSRs gehört, dass die Praxis momentan sowieso schon ist im Rahmen von brauchbarer Illegalität Umlaufbeschlüsse zu fassen und die im Protokoll geändert werden. Da wäre ich sowieso immer dafür die Praxis, die wir nicht verhindern können, zu legalisieren.

Lydia Sabelus: Ich möchte mich nicht zu illegalen Machenschaften äußern, aber ich bin der Meinung, dass Umlaufbeschlüsse dringend gewollt sind. Da muss ich aus Sven Götzmann widersprechen, der sagte, dass die VeFa eine andere Meinung hat. Wir sind zehn gewählte Mitglieder, haben regen Austausch über soziale Medien, aber körperlich können wir nicht immer zusammensitzen. Die Beschlusspraxis ist der Tatsache etwas hinterher. Meiner Erfahrung war es sowieso immer so, dass in der VeFa nicht immer alle da waren. Wir sind 6 oder 7 stimmberechtigte und zeitlich lässt es sich nicht für alle einrichten. Ich wäre stark für Kirstins Vorschlag der Maximalmitglieder, weil die kleinen Fachschaften da mehr Mitspracherecht bekommen.

Kilian Binder: Im Namen des FSRs POV kann ich sagen hat unser Finanzer die Umlaufbeschlüsse sehr willkommen geheißen, auch die 20 % Regelung, die wir keineswegs ausreichen wollen.

Jan Sohre: Zur Illegalität: Ich machen meinen Job schon sehr lange und gewissenhaft. Ich ziehe relativ häufig in abständen alle Protokolle von FSRs und speichere die weg. Wer unbedingt will, kann da etwas konstruieren. Ich unterstelle, dass der Aufwand illegales zu tun ungefähr so groß ist wie einen echten Beschluss zu fassen.

Breites Gelächter

Jan Sohre: Wenn das StuPa sich entscheidet diese Regelung zu beschließen, werde ich sie in meiner Stelle innerhalb des nächsten Jahres zu evaluieren. Stellen wir dabei fest, dass es in irgendeiner

Form Verzerrungen gibt, werde ich das zurückmelden.

Ich verstehe, dass Organisation mit zehn Leuten schwer ist. Hier geht es echt nur um Finanzbeschlüsse. Und es geht darum, dafür zu sorgen dass sich eure Fachschaft sich an euren Sitzungen beteiligen kann. Der Umlaufbeschluss ist nicht das Mittel zu sagen, diese Möglichkeit zur Partizipation geht nun weg qua „Organisation einfacher machen“.

Sonja Bauer: Ich bin auch offen für Umlaufbeschlüsse und kann vieles gesagte unterschreiben.

Verstehe, dass beim physischen Zusammensitzen mehr bei rumkommt. Aber einen Zwang über Beschlüsse herzustellen bringt nichts.

Zur Frage mit dem Verteilungsschlüssel über das Stimmrecht fände ich es cool, die Meinung der VeFa einzuholen und nicht über deren Kopf hinweg zu entscheiden.

Matthias Wernicke: Kann mich nur anschließen. Nach Satzung müssen wir sowieso die VeFa laut Übergangsbestimmungen befragen.

Ich finde wir machen ein interessantes Experiment: Wir erlauben keinem anderen Gremium Umlaufbeschlüsse. StuPa und AStA können es nicht und wir müssten es nun evaluieren. Probleme in diesem Vorschlag sind Beteiligung und Höhe. Gerade in Absatz zwei ist drin, dass nur stimmberechtigte Mitglieder des FSRs abstimmen können. Das bestehende Risiko ist, dass erstens die Mitglieder des FSRs berechtigt sind, aber es nicht mitbekommen. Es muss also dokumentiert werden, dass alle angeschrieben worden sind. Zweitens, Gremien sind öffentlich und jeder kann hinzukommen. Also müssen die Anträge zuerst mit entsprechenden Inhalt und Höhe zuerst auf die FSR-Webseiten zu setzen. Was ist mit der Höhe. Für kleine Fachschaftsräte sind 20 % nicht viel, bei großen FSRs weiß ich nicht ob das Streitpotenzial die Umlaufbeschlüsse anzuerkennen nicht steigt. Also müsste man nochmal über 10 % nachdenken.

Lydia Sabelus: Ich bin mir selbst nicht sicher wie ein Umlaufbeschluss auszusehen hat – weil er bisher nicht erlaubt war. Ich würde vorschlagen in einer Erklärung klar zu machen, dass eine Abstimmung in einer WhatsApp-Gruppe nicht gleichzusetzen ist mit einer E-Mail. Oder Facebook, oder Telefonat, oder Skype, oder was auch immer. Macht Grauzonen klar.

Leo Vermeulen: Ich habe in den letzten sieben Redebeiträgen noch nicht gehört, dass ihr jetzt abstimmen wollt. Wollte aber weil es wichtig ist fragen, ob ihr noch abstimmt, sonst würd ich jetzt gehen. ... Gut, Ciao!

Sven Köhler: Ich würde dich bitten zu bleiben, wir haben eine Beitragsordnung zu ändern. Das braucht Zweidrittelmehrheit.

Kilian Binder: **GO-Antrag auf Änderung der Tagesordnung:** Wichtige Sachen zuerst. Jetzt Beitragsordnung.

Keine Gegenrede

TOP 6.6: Änderung der Beitragsordnung

Sven Köhler: Auf der letzten Sitzung hatten wir diskutiert, dass wir eine Urabstimmung für das Semesterticket brauchen. Wir haben festgestellt, das schaffen wir zur Wahl im Juni nicht. Der StWA hat sich an das Präsidium gewandt und gebeten das zu klären, weil sie nicht den Aufwand einer Urabstimmung organisieren im laufenden Jahr wollen. Nicht Huckepack auf einer uniweiten Gremienwahl ist eine Urabstimmung ein Riesenaufwand. Das alternative Vorgehen momentan ist, dass das StuPa pro Semester rechtzeitig die Beitragsordnung anpassen und dann wieder durch die Bestätigung in den Instanzen des Präsidialamtes bis in die Amtlichen Bekanntmachungen kommunizieren muss.

Bei anderen Hochschulen in Brandenburg, genauer Cottbus, Frankfurt und der FH Potsdam, habe ich keine Urabstimmungsregelungen gefunden.

Um dem StWA nun entgegenzukommen, setzen wir einfach die Möglichkeit die das StuPa nun bereits hat, die Umsetzung durch Zweidrittelmehrheit, einfach auf festere Beine zu stellen und den Vertrag direkt zu bestätigen.

Ich verstehe, dass wir politische Mitbestimmung wegnehmen. Dass kann man zurecht kritisch sehen. Gleichzeitig habe ich mich gefragt, wie oft die Studierendenschaft das Semesterticket nicht haben möchte. Sogar wenn es 45 € mehr kosten würde.

Leo Peters: Danke für den Antrag. Auch wenn ich die Urabstimmung ein gutes Mittel finde, ist es sinnvoll das so zu machen. Was wir schön fänden, wäre es wenn andere Gremien eine Urabstimmung zur Bestätigung herbeiführen können auf Basis der gültigen Quoren, falls das StuPa und die anderen Gremien im Klinsch liegen. Frage ist, ob dieser Antrag das nun ausschließen könnte.

Matthias Wernicke: Der Antrag kam Aufgrund eines Anlasses zustande, darum gehe ich zuerst auf den Anlass ein. Der ursprünglich im Raum stehende Betrag war eine Erhöhung um 45 €. Der AStA versucht das nach besten Kräften zu drücken, aber das ist nicht immer einfach. Dies wäre das erste Jahr, wo der Vertrag nicht rechtzeitig vorliegt. Das ist historisch bisher immer möglich gewesen, auch als kluge Werbung um zu zeigen, dass dieser Dienst von der Studierendenschaft kommt und nicht von der Uni-Leitung. Es wäre also nicht klug sich rauszuziehen und nicht öffentlich zu machen, was man geleistet hat. Darum finde ich den Plan ohne Urabstimmung vorzugehen nicht gut. Aber wir konnten es schon immer.

Was ändert nun der Antrag? Okay, die Zweidrittelmehrheit brauchen wir immer noch. Damit wird dennoch Bürokratie gespart. Kann man so machen, aber auch anders. Bin da emotionslos. Wir können auch auf diplomatischen Weg das ankündigen, sagen da kommt ein höherer Betrag und prüft bitte diesmal nicht, da muss man hinterher sein. Und sagen veröffentlichen bitte diesmal innerhalb von vier Wochen. Kann man auch durch Vorgespräche erleichtern.

Wichtig wäre mir aber für die Zukunft nicht leichtfertig aufgrund einer aktuellen Fristsituation den grundsätzlich guten Modus schwächen. Eine Urabstimmung ist zu präferieren und eine Empfehlung dazu sollte deutlich in den Ordnungen erkenntlich sein. Bevor ich da was formuliert habe wollte ich die Ideen vortragen.

Sonja Bauer: Dann formuliere doch bitte jetzt.

Johannes Wolf: Ich finde den Antrag sehr schön, um die Bürokratie zu reduzieren. Zu Leos Nachfrage: Urabstimmungen sind immer bindend, also kann eine Beitragsordnung danach entsprechend immer angepasst werden. Die Option wird nicht genommen. Ich kann mir vorstellen eine Formulierung aufzunehmen, dass eine Urabstimmung zu präferieren sei.

Tilman Kolbe: Ich bin bei Matthias, dass eine Abstimmung unter den Studis zu bevorzugen ist. Für entspanntere Verhandlungen fände ich aber auch die hier gebotene Möglichkeit gut, sie ist also im Sinne der Studierenden. Eine Urabstimmung würde auch wieder 2000 € für Personal etc. kosten. Ich bin mir nicht sicher, ob ich es falsch verstanden habe, wenn der Betrag festgelegt ist, muss die Beitragsordnung nicht angepasst werden. Das heißt, dass das Dezernat für Studienangelegenheiten das fristgerecht bekommt und dann geht das den Weg.

Sven Köhler: Momentan ist es so, dass nach einer Urabstimmung das automatisch gilt. Darum dürft ihr das vor dem Eintreiben gerade weiterkommunizieren. Wir brauchten aber keinen extra StuPa-Beschluss dafür. Sollte eine Urabstimmung fehlen, dann muss eine Formulierung in § 2 (2) Punkt 4 ersetzt werden, der auf den Cent genau den notwendigen Beitrag enthält. Das ist eine neue Beitragsordnung, die bewilligt werden muss. Das muss semesterweise geschehen, oder vielleicht schöner wie es die Viadrina macht, es für ein Jahr im Voraus abgesehen.

Sonja Bauer fasst zusammen.

Matthias Wernicke: Mein Vorschlag wäre den *Beitrag* für ein Semester durchs StuPa bestätigen zu lassen, ohne aber die Möglichkeit vom Tisch zu haben den Vertrag selbst durch Urabstimmung bestätigen zu lassen. Kern des **Änderungsantrags**, basierend auf deinem Text:

§ 6 (1) Der jeweils gültige Semesterticketvertrag soll durch eine Urabstimmung bestätigt werden. Das Studierendenparlament kann mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder den Semesterticketbeitrag für einzelne Semester bestätigen.

Kirstin Heidler: Ich verstehe das Anliegen die Präferenz einer Urabstimmung zu erhalten. Vielleicht kann man es nicht umsetzen, sodass es in der Satzung klar ist. Vielleicht sollte ein Halbsatz eine Abstimmung empfehlen und nur in begründeten Ausnahmefällen das zulassen.

Leo Vermeulen: **GO-Antrag auf Schließung der Redeliste**
Keine Gegenrede

Abstimmung über den Änderungsantrag
14 Dafür, 0 Dagegen, 4 Enthaltungen

Abstimmung über geänderte Änderung der Beitragsordnung
18 Dafür, 0 Dagegen, 0 Enthaltungen
Angenommen mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder

22:03 Uhr: Leo Vermeulen und Nora Fritzsche verlassen die Sitzung

TOP 6.4: Satzungsänderung (Fortsetzung)

Tilman Kolbe: Der AStA hat im Moment Umlaufbeschlüsse für nicht budgetrelevante Angelegenheiten. Grundsätzlich wäre das für die VeFa wohl sinnvoll.

Johannes Wolf: Zu Matthias Beitrag vorhin, ich hab Notizen, in § 6a (2) ist gefordert, dass alle angeschrieben werden müssen und das Abstimmungsverhalten dokumentiert wird. Momentan ist keine Frist gesetzt und darum der Zweck des Umlaufbeschlusses hinfällig. Dass vorher die Begründung auf der Website stehen sollte: Die Frage ist wie lange soll sie denn da gewesen sein? Zu lang kann es nicht, sonst ist der Zweck hinfällig. Wenn ich überlege wie es gedacht habe, dass akut Handlungsbedarf besteht, schreiben wir eben alle an, haben innerhalb von Minuten entscheiden und dann aktiv werden.

Ob 20 % vielleicht zu viel sind – für manche FSRs vielleicht. Aber ich habe vorhin schon mit Jan Sohre diskutiert. Vorher standen 10 % drin, aber das halte ich für manche FSRs zu wenig, darum haben wir uns auf die hier stehenden 20 % geeinigt.

Zum Kommunikationsmittelaufführung, wie Lydia sie gefordert hat. Ich weiß nicht genau was du da geregelt haben möchtest. Ich würde nicht E-Mails festschreiben wollen, wer weiß was für Technologien noch kommen werden. Es muss einfach nur eine Dokumentation garantiert werden.

Sonja Bauer: Bitte fasst euch nun noch kurz, sodass wir den Antrag zur Listenfinanzierung noch beschließen können.

Kirstin Heidler: Ich sehe den neuerlichen Dokumentation und zur Überprüfung kritisch, denn da steht drin, dass die absolute Mehrheit etwas beschließen muss. Also auch durch Enthaltung nicht mehr abgelehnt werden kann. Da ist eine relativ hohe Hürde, dass ein Beschluss gefasst wird. Darum werden die Fachschaften schon einen hohen Anreiz haben möglichst alle für das Quorum zu erreichen.

Jan Sohre: Mein bevorzugtes Mittel wäre tatsächlich E-Mail, weil mir nichts Besseres einfällt. In meinem FSR hatten wir damals E-Mail-Listen verwendet, weil die sich quasi selbst dokumentieren. Ich biete der VeFa aber auch an auf einer Intensivsitzen über die genaue Ausgestaltung zu diskutieren.

Lydia Sabelus: Ich würde genau das bitten, zu kommunizieren welche Dokumentationsanforderungen bestehen. Gerade wenn es um Finanzen geht.

Florian Rumprecht: Die Überprüfung der Identität bei einer Abstimmung ist relativ einfach im Realraum. Persönlich sehe ich kein Problem darin, aber andere von der Uni könnten vorwerfen, dass da Beschlüsse über WhatsApp gefasst werden, wo man die Identität der Abstimmenden nicht sichern kann. Das sich irgendjemand als XY ausgibt.

Zwischenruf Sonja Bauer: Entschuldigung Florian, das haben wir besprochen. Das E-Maillisten sich dokumentieren.

Florian Rumprecht: Dann sollte man halt die Uni-E-Mail nutzen. Weil da höchstwahrscheinlich die Person ist, die vorgibt zu sein.

Matthias Wernicke: Umlaufbeschlüsse sind gerade schon möglich, wenn es nicht um Finanzen geht. Zum Nachdenken der Hinweis: Im Senat gibt es auch verschiedene Realisierungsmöglichkeiten. Klassisch nickt der Senat in der Sitzung ab unfertige Anträge danach im Umlaufbeschluss zu bestätigen. Oder was ich aus anderen Gremien kenne, wenn ein Mitglied sagt das geht nicht, muss das auf der nächsten Sitzung diskutiert werden. Es geht gerade nicht darum, dass bei unstrittigen Kleinigkeiten in der WhatsApp-Gruppe mal alle Ja sagen, sondern darum die Möglichkeit für den Fall zu definieren, dass die Dokumente momentan nicht ausreichen. Es kann also eine Option im Verfahren eröffnet werden.

Sven Köhler: Ich möchte Sonja widersprechen. Mailinglisten dokumentieren nur, dass eine E-Mail kam. Sie garantiert nicht, dass die Mail von der besagten Person abgeschickt wurde. Wir könnten nun diskutieren ob wir PGP oder S/MIME verlangen, was viele nicht haben wollen. Wir könnten diskutieren, ob wir Videochats wie Skype verlangen, wo man das Gesicht der Person und ein Post-It mit dem aktuellen Datum drauf sieht, damit alle wissen, dass das nicht gefakt wurde. Grundsätzlich kann jede elektronische Kommunikation gefälscht werden. Wir haben keine Identität und können auch keine freie Abstimmung garantieren, frei nach: „Schreib das so hin, sonst hau ich dir auf die Mütze.“

Johannes Wolf: Zu Matthias Anmerkung, das Umlaufbeschlüsse, die nicht Finanzen betreffen schon okay wären. Ja, aber auch nur in der Grauzone. Weil eigentlich die Beschlussfähigkeit von Organen nur dann gegeben ist, wenn ordentlich eingeladen wurde und die ausreichen viele Leute anwesend sind. Das ist als physisches Zusammenkommen zu verstehen. Darum beschränkt sich der Paragraph nicht hier ausschließlich auf Finanzbeschlüsse, sondern räumt allgemein die Möglichkeit ein.

Sonja Bauer: Meine Redeliste ist leer. **GO-Antrag auf Vertagung**
Keine Gegenrede

TOP 6.5: Finanzierung der Listenwahlwerbung

Johannes Wolf: Da gibt es nicht viel zu sagen. Ich hätte das gern so wie im letzten Jahr auch.

Abstimmung über den Antrag

14 Dafür, 0 Dagegen, 1 Enthaltung

Angenommen

TOP 6.7: Arbeitskreis zur StuPa-Präsenz innerhalb der Studierendenschaft

Laura Löpelt: Wir haben das Problem der AStA-Struktur angesprochen und festgestellt, dass es schwer ist Leute für unserer Arbeit zu interessieren und zu gewinnen. Wir wollten nun das Problem langfristig und listenübergreifend angehen. Darum soll ein Arbeitskreis eingesetzt werden. Im Antrag steht nichts über die Zusammensetzung; die können wir gern diskutieren. Wir können ihn an die Sitzverteilung im StuPa anpassen. Ich würde aber freistellen, sodass sich jeder einbringen kann, ob nun in einer Liste oder nicht.

Leo Peters: Da der Antrag keine Folgen hat und eigentlich nicht so viel enthält, kann man nicht dagegen stimmen. Schöner Schaufensterantrag.

Katharina Schmidt: Warum kommt der Antrag erst jetzt? In zwei Sitzungen sind hier neue Leute. Für mich ist das ein Scheinantrag, zumal die Listen in den Wahlkampf gehen.

Florian Rumprecht: Ich verstehe die Idee, dass es jetzt komisch kommt. Aber ich sehe nicht, wie uns davon abhalten sollte. Demnächst kommen neue Leute, die sich mit der Thematik auseinander

setzten werden. Wir werden sehen, wer weiterkandidiert und können uns überlegen wie wir das allgemein in den StuPa-Prozess einfließen lassen können.

Laura Löpelt: Ich habe auch überlegt, ob ich den Antrag nun noch stellen soll. Verstehe, im Wahlkampf hat jeder eigene Themen. Aber wir können den Zeitraum nun auch noch nutzen. Und es wäre schön, wenn der Arbeitskreis im neuen StuPa weitermachen kann, mit neuen Ideen.

Jan Sohre: Qua Satzung endet der Arbeitskreis mit der Legislatur.

Laura Löpelt: Wir sollten Möglichkeiten wie das Sommerfest nicht verstreichen lassen.

Katharina Schmidt: Wie stellst du dir das zeitlich vor? Mir scheint es schwierig, neben dem regulären Wahlkampf Leute zu aktivieren. Aber ich kann da nicht für alle sprechen.

Laura Löpelt: Mein Gefühl auf der letzten Sitzung war, dass es viele gibt, da etwas an der Situation ändern wollen. Ich weiß, dass es zeitlich schwierig ist. Es wäre dennoch schön einen Termin zur nächsten Sitzung zu finden. Nur wichtig wäre mir, dass der Antrag nicht nur vom RCDS vorgeschlagen wird, sondern dass alle Listen etwas beitragen können.

Sonja Bauer: Ein Arbeitskreis in dieser Legislatur, kann auch seine Ergebnisse dem neuen StuPa mitteilen. Gibt es Interessierte, die da hineinwollen.

Meldung Laura Löpelt, Florian Rumprecht, Sven Köhler

Sven Köhler: **Änderungsantrag:** Laura Löpelt, Florian Rumprecht und Sven Köhler werden in den Arbeitskreis eingesetzt.

Abstimmung über den Änderungsantrag

15 Dafür, 0 Dagegen, 0 Enthaltungen

Abstimmung über den geänderten Antrag

14 Dafür, 0 Dagegen, 1 Enthaltung

Angenommen

TOP 7: Initiativanträge

TOP 7.1: Forderungsschreiben PUCK-Aufladung per Girokarte

Torsten Berger: Hat sich, wie wir gehört haben, erledigt. **Wir ziehen den Antrag zurück.**

TOP 8: Sonstiges

Das Präsidium wird über ein Vorziehen der nächsten Sitzung beraten.

Ende der Sitzung: 22:29 Uhr